

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

59. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einschl. Postbestellgebühr. Nur Postbezug, Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 28. April 1921

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf. die fünfzeilige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Rechtsanzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 49

Des Stimmfahrstages wegen erscheint Nr. 52 erst am 7. Mai. Die für die Zeit vom 4. bis 6. Mai bestimmten Bekanntmachungen, Inserate usw. müssen deshalb schon spätestens am Sonnabend, dem 30. April, früh, in unsere Hände sein.

Grober Anflug!

In Deutschland wird's schöner mit jedem Tag, man weiß nicht, was noch werden mag! — Von außen droht der Feindbund unaufhörlich mit neuen Gewaltmaßnahmen, die man in der Antiqua „Sanktionen“ nennt, und die darauf berechnet sind, dem deutschen Volke den Lebensnerv gänzlich abzuschneiden; im Innern lassen die traurigen Folgen des Krieges, Not und Elend, die Zerrissenheit und Behämpfung der Parteien untereinander das Volk nicht zum Aufatmen und keine Regierung zu fruchtbarer, planmäßiger Arbeit kommen. Ungewißheit, Unsicherheit, Zerrüttung auf allen Gebieten des staatlichen, politischen und wirtschaftlichen Lebens! . . .

In dieser tieftraurigen Zeit sitzen im Reichsministerium des Innern ein paar Leute und zerbrechen sich seit etwa zwei Jahren den Kopf darüber, ob und wie man — die deutsche Rechtschreibung abändern könnte! Im Oktober 1919 drangen die ersten Mitteilungen darüber in größere Kreise. Dann trat im Januar 1920 ein von der Reichsregierung einberufener Ausschuss zusammen, in dem die ~~phonetischen~~ Reformer ~~bei~~ Zahl nach stark überwogen, weshalb auch Vorschläge herauskamen, die Entsetzen und Spott in den Kreisen der ~~gründlich~~ Beteiligten hervorriefen. „Die Schrift ist nur dazu da, die Sprache anzudeuten“, erklärte in dem Ausschuss ein zweifellos sehr kenntnisreicher, aber mit den wirklichen Bedürfnissen des Lesenden und Schreibenden Volkes offenbar gar nicht vertrauter Schulmann aus dem ehemaligen Kaiserreich an der Donau. Der lebhafteste Widerspruch aus Gelehrten, Fachlichen und Gewerbetreibenden gegen die beabsichtigte Verunstaltung des deutschen Schriftbildes ließ die treibenden Kräfte im Reichsministerium einsehen, daß ein so völliger Umsturz undurchführbar sei, weil er sicher das Ergebnis zeitigen werde, daß damit Vergangenheit und Gegenwart auseinandergerissen und große wirtschaftliche Interessen und wichtige deutsche Kulturwerte geschädigt würden. Wer aber etwa gehofft hatte, daß die Männer im Reichsministerium nun ihren Rechtschreibspieß an die Wand lehnen und sich wieder einer wichtigeren Tätigkeit zuwenden würden, sah sich bald stark getäuscht. Die Reformer ließen nicht locker, und es wurde nun eine Änderung auf der „mittleren Linie“ versucht. Wie diese auslieht, ist in der Nr. 16 des „Korr.“ gezeigt worden. In der letzten abgehaltenen Sitzung eines Unterausschusses, der leider der Verfasser der Minderheitsentscheidung aus der Januarstagung des Vorjahrs (ein bayerischer Universitätsprofessor) fernblieb, und zu der ein Vertreter der Minderheiten nicht zugelassen worden war, ist ausdrücklich zugestanden worden, daß es eine rein logisch aufgebaute Rechtschreibung in einer Kulturperiode mit einer mehrhundertjährigen Geschichte nicht geben kann. Es fällt mir am allerliebsten ein, behaupten zu wollen, daß unsere Rechtschreibung lauter und nicht verbesserungsfähig sei. Aber neben der englischen und französischen Rechtschreibung kann sie sich getrotzt sehen lassen. Mir ist aber nicht bekannt geworden, daß diese beiden Siegerstaaten jezt, über auch schon früher eine Hauptaufgabe darin erblickt hätten, ihre Rechtschreibung logischer und vereinfachter zu gestalten. Das überlassen sie dem deutschen Michel, der neben seinen sonstigen Nervenleiden nun auch noch diese Sorge mit sich herum schleppen muß.

Es wäre beinahe zum Lachen, wenn es nicht so unendlich traurig wäre! Gewinnen wir durch eine (angenommen!) verbesserte Rechtschreibung ein Gramm Brot mehr; wird unsere innere und äußere Lage dadurch verbessert; werden unsere Handelsbeziehungen erleichtert, der geistige Widerankeluh an das feindliche und neutrale Ausland beschleunigt? Nichts von alledem! Das gerade Gegenteil wird in vielen Punkten eintreten. Man

scheint sich an verantwortlicher Stelle gar nicht klar darüber zu sein, von welcher tief einschneidender Wirkung beispielsweise die Auslöschung der Dehnungszeichen und die Ersetzung des ai durch ei, ph und v durch f auf die Karteien, Adreß- und Wörterbücher, Fernsprechkarte, Kataloge usw. sein müßte. Und wie läudlich es mit den deutschen Beziehungen zum Auslande? Mit Recht verwies im vorigen Jahre der Reichsverband der deutschen Industrie in einer Eingabe an das Reichsministerium des Innern darauf, daß die am Oberleesegehilfen beteiligten deutschen Firmen wiederum zur Korrespondenz in fremder, namentlich in englischer und französischer Sprache übergeben müßten, nachdem es den deutschen Geschäftsleuten in jahrelanger, mühseliger und zielbewußter Arbeit gelungen sei, die ausländische Kundechaft zur Korrespondenz in deutscher Sprache zu erziehen. Wir würden auch alles entwerfen, was sich das Ausland selbst an Hilfsmitteln für die Erlernung unserer Sprache und Benutzung unseres Schrifttums geschaffen hat.

Der Rechtschreibungssturz könnte also nur eine geistige chinesische Mauer um uns aufrichten und unsere Absperrung verlängern und verhärteln. Zahlreiche Gegenstände könnten in dieser Richtung noch hervorgehoben werden, vor allem auch die Einwirkung auf das Buchdruckgewerbe im besondern; dazu reicht aber weder der Raum in diesem Blatte, noch ist es Zweck dieser Zeilen, auf Einzelheiten einzugehen. Nur einem oft gemachten Einwande gegenüber seien noch ein paar Worte gesagt, nämlich dem, daß es im Interesse des Schulkindes notwendig sei, eine Änderung der Rechtschreibung herbeizuführen. Für das Schulkind ist es gleichgültig, ob es die Schreibung nach der Kürze oder nach der Länge erlernen muß — lernen und behalten soll es sie so oder so. Dieser Einwand ist übrigens in der letzten Sitzung von einem Mitgliede des Ausschusses, das selbst in der Unterrichtsverwaltung tätig ist, mit der Feststellung zurückgewiesen worden, daß der Rechtschreibunterricht nie erhebliche Schwierigkeiten bietet, wenn der Lehrer dabei an das in jedem Kinde vorhandene sprachliche Interesse anknüpft. Es könne zweifellos auch mit der heutigen befiedelten Rechtschreibung ein bildender Wert verbunden werden, wenn das Interesse des Kindes schon auf der untersten Stufe auf sprachliche Beobachtungen gelenkt werde. Das ist gewiß richtig. Die „vielen Kindertränen“, von denen der Reformator Prof. Kewitsch immer erzählt, würden auch nach Einführung seiner vereinfachten Methode fließen. Was not tut und ohne Umsturz erreicht werden kann, das ist die Befestigung von allerlei Lückeleien, die man früher nicht kannte und die ohne jeden Schaden ausgemergelt werden könnten. Auch die Befestigung der Doppelschreibungen in den amtlichen Regelbüchern (und nach ihnen im „Duden“) würde eine nicht ganz unwesentliche Erleichterung im Schulunterricht schaffen. Damit lasse man es vorerst genug sein. Sind wieder einmal bessere Zeiten für das arme, unglückliche Deutschland angebrochen, dann schreite man zur Erleichterung des von vielen Sprachfreunden schon seit langem gewünschten Reichsprachamtes, das in gründlicher, planmäßiger Arbeit am Afield unserer Sprache bessern kann, was besserungsbedürftig ist. Aber heute — inmitten der allerschwersten staatlichen, politischen und wirtschaftlichen Nöte des Reiches, gleichsam unter dem Beile des Senkers — an eine plan- und ziellose Abänderung der Rechtschreibung heranzugehen, ist — denkbar milde ausgedrückt — grober Anflug! Berlin. Albrecht Gille.

Mehr Objektivität!

Herr Otto Säuberlich hat jüngst in der Leipziger „Zeitschrift für Musik“ einige überaus ansehnliche Behauptungen aufgestellt. Im zweiten Aprilheft finden sich auf einer Reklameseite der Firma Brandteller (Leipzig) folgende Sätze: In den letzten Jahren vor dem Kriege hat die Schmalzine in ihren verschiedenen Formen „umstürzlerisch“ gewirkt, in einem Sinne dieses Wortes, dessen wir uns bei seiner heutigen Bedeutung nur mit Wehmüt erinnern, und auch die Druckmaschinen waren leistungsfähiger gestaltet worden. Diese maschinelle Leistungsfähig-

keit an und für sich ist geblieben, aber soweit sie von der menschlichen Bedienung abhängig ist, hat sie sich gemindert, nicht nur infolge Verkürzung der Arbeitszeit, sondern auch durch die gegen früher weniger interessierte Art und Weise der Betätigung. In Verbindung mit der ungenügend bekannten Preissteigerung aller Materialien, ganz besonders auch des Papiers und der gewaltigen Lohn erhöhungen steht die gegenwärtige graphisch-buchgewerbliche Erzeugung somit auf einer ganz andern Grundlage als vor dem.

Herr Säuberlich weiß ganz genau, daß gerade zu jener Zeit, die er bezüglich der beruflichen Leistungsfähigkeit wie Arbeitsfreude der Buchdrucker jetzt als präferenzwert anerkennt, unheimlich kräftiges Klagegeschrei im Innern der stets unzufriedenen Richterrennparte angestimmt wurde über den „Rückgang der Leistungen“. Nun behauptet er fälschlicherweise, daß die Unternehmer des Buchdruckgewerbes damals auf Irrigen Pfaden wandelten. Aber diese sehr spät erst ihm aufleuchtende Erkenntnis paßt offenbar gar nicht so schlecht zur Begründung seiner beleidigenden Unterstellungen in der „Z. f. M.“ in bezug auf die gewerblichen Leistungen der Arbeiter in gegenwärtiger Zeit. Es darf indessen als tatsächlich hingestellt werden, daß auch heute noch innerhalb des größten Teiles der buchgewerblichen Arbeiterschaft ein eminentes Interesse für beruflichen Hochstand vorhanden ist.

Der Bildungsverband leistet auf diesem Felde immer noch treffliche Pionierarbeit, während Tausende von Arbeitlosen, in Not und Elend dahinlebend, vergeblich darauf harren, an der nicht nur seitens aller Berufsmittelbarer erspürlichen besseren Geschäftslage mit entsprechender Produktionssteigerung Anteil haben zu können.

Die Lohnverhältnisse im graphischen Gewerbe sind als unglücklich bekannt, so daß Herr Säuberlich es unterlassen sollte, von „gewaltigen Lohn erhöhungen“ zu schreiben. In sozialen Dingen fehlt es ihm doch an der notwendigen Tiefe des Erfassenkönnens wichtiger Zeitnotwendigkeiten; ebensovienig scheint er veranlagt zu sein, in die Arbeiterpsychik sich hineinzuversetzen. Würde Herr Säuberlich, anstatt in Vorwürfen und Ungerechtigkeiten gegenüber der Arbeiterschaft sich zu ergöhen, praktische Vorschläge zwecks Hebung der Volksgesundheit machen, dann wäre das in jeder Beziehung viel erproblicher. Aber er sowohl wie seine Gefinnungsfreunde können oder wollen nicht sehen den so furchtbar gewordenen gesundheitlichen Zustand der breiten Volksschichten. Bedenkenlos rebel er von zurückgegangenen Arbeitsinteressen, während es doch jedem Einseitigen als völlig klar erscheint, daß die in Deutschland so stark geachtete Volksschicht unmöglich noch das herauszugeben vermag, was zur Vorkriegszeit bei unergleichlich günstigeren allgemeinen Lebensbedingungen an produktiven Leistungen erzielt werden konnte. Wenn oben drein Herr Säuberlich als Mitinhaber des graphischen Weltbaues D. Brandteller die geistliche Einführung des Achtstundentags als produktionsgefährlich erklären lassen möchte, so hätte er schon aus dem Grunde davon Abstand nehmen sollen, weil in seinem eignen Betriebe monatlang verkürzt gearbeitet worden ist.

Übrigens scheint der „Truchseherleuse“ der „Z. f. M.“, soweit gelegentlich von buchgewerblichen Dingen in ihren Spalten etwas anzufressen ist, gern einen Streich zu spielen. So kommt man im ersten Märzheft 1921 in einem Aufsatz „Das gute Inserat im Musikalienhandel“ von Dr. jur. phil. mus. S. Z. Fleckmann (Wien) nachlesende Unrichtigkeit zur Kenntnis nehmen: (Es sei nur beispielsweise darauf verwiesen, daß in Leipzig ein halbwegs geschickter Musikverleger bereits einen Stundenlohn von 6 Mk. fordert und erhält.“ Wenn schon ein solcher Lohn an sich nicht als ausreichend für Leipziger Lebensverhältnisse anzusprechen ist, so muß aber doch der Wahrheit zuliebe festgelegt werden, daß selbst die in der Brandteller'schen Offizin, also bei Herrn Säuberlich, tätigen „halbwegs geschickten Musikverleger“, die eine Erhöhung ihres Stundenlohns auf 6 Mk. bestimmt nicht ablehnen würden, bis zur Stunde der Realisierung der auch ihnen auf dem Papier der „Z. f. M.“ bewilligten finanziellen Aufbesserung vergeblich entgegensehen. Freilich wird man da noch lange warten müssen! Es wäre schon mit Rücksichtnahme auf eine einwandfreie Orientierung ihres Leserkreises wünschenswert, daß in Zukunft bei Abhandlungen graphisch-buchgewerblicher Art der „Truchseherleuse“ die „Z. f. M.“ mit seinen Tücken verlohnen möge, so daß auch dadurch mehr Objektivität gegenüber den Buchdruckern behauptet werden würde.

Leipzig.

S. Waldweiler.

Unre Ferien

Fabrelangen Kampf mit unsern Prinzipalen hat es geholt, bis wir Buchdrucker endlich in den Genuss von tariflich festgelegten Ferien gelangt sind. Aber den berechtigten Anspruch der Arbeiterschaft auf Ferien überhaupt ist sich auch heute noch ein großer Teil unserer Arbeitgeber nicht im klaren, oder will es wenigstens nicht sein.

Selbst der Arbeitnehmerorganisations war wohl bei der Frage der Ferienabgabe die Unterbringung einer größeren Zahl von Arbeitslosen ins Auge gefaßt. Wie sieht es damit in Wirklichkeit aus?

Schon der eine Umstand, daß die Ferien in die sogenannte Sauregurkenzeit, d. h. in die ruhigste Zeit des Jahres fallen, sollte die Arbeitgeber veranlassen, die tariflich festgelegten Ferien etwas weitertiger zu behandeln, denn hier gilt daselbe wie vom tariflichen Lohne: Das Minimum soll nicht das Maximum sein!

Wie die Erfahrung gezeigt hat, werden leider in den meisten Fällen für die in Ferien gebenden Kollegen Ersatzleute vom Arbeitgeber eingestellt, was das bei Schaffung der Ferien sicher beachtlich ist. Daher ist es für den Prinzipal keine so hoch anzurechnende Leistung, wenn er seinen Gehilfen in der lauen Zeit auch einmal einige Tage Gelegenheit gibt, auszufliegen.

Die Frage, ob die tariflichen Ferien genügen und ob die Einteilung die richtige ist, soll hier nicht weiter erörtert werden. Nach meiner Ansicht hat jeder Arbeiter, der seine Arbeitskraft ein Jahr in den Dienst der Arbeitgeber gestellt hat, das Bedürfnis und das Recht auf Ferien.

Betrachten wir doch einmal z. B. die Volksschullehrer und verschiedene Beamtenkategorien. Da wird kein Unterschied gemacht, ob der betreffende Lehrer fünf oder zwanzig Dienstjahre hinter sich hat. Wir Buchdrucker sind sicher nicht diejenigen, die einer Klasse von Berufstätigen ihre Ferien mißbilligen, aber das Bedürfnis nach einer entgegenkommeneren Ferienregelung ist auch in unserm aufreibenden Berufe so dringend wie bei vielen Beamten.

Bei etwas großzügigerer Behandlung der Ferienfrage seitens der Arbeitgeber wird letzten Endes auch die Arbeitsfreudigkeit der Gehilfen wesentlich gehoben, ohne dem Geldbeutel unser Prinzipale allzu nahe zu treten.

Nürnberg.

E. St.

Ferienreisende! Walzbrüder!

Die Natur ist erwacht und damit auch der Drang im Menschen, hinauszuweichen aus den dumpfen Gassen der Großstädte, um sich an den Herrlichkeiten der Natur zu erfreuen.

Die Freunde der Natur und des Wandersports, die sich in Reise- und Wandervereinigungen zusammengeschlossen haben, beschließen bereits wieder das Gelände, um dem gesündesten, interessantesten und lehrreichsten aller, Sporte, zu buldigen.

Die Kollegen auf den Bildungs- und Gesundheitswert solcher Wanderungen in der freien Natur aufmerksam zu machen, sollte sich eigentlich erübrigen, aber immer noch gibt es eine große Anzahl, die an Sonn- und Festtagen die Wirtschaften, Tanzsäle und Kinos frequentiert.

Weht hinaus ins Freie! Ein blauer Himmel mit lodender Frühlingssonne wird euch zu andern Menschen machen, läßt euch die Sorgenwerke des Alltags vergessen, kräftigt eure Gesundheit!

Die tarifliche Ferienzeit, die das Jahr 1919 brachte, für die allerdings die Karenz noch etwas ungünstig ist, sollte jeder Kollege auf das äußerste ausnützen. Wesen Gebrauchs es verträglich, sollte etwas weiter reisen als nur in der näheren Umgebung seiner Stadt. Auch die erwerbslosen Kollegen sollten sich, wie in früherer Zeit, wieder zum Stein greifen und sich den Wind um die Ohren wehen lassen. Viele Ortsvereine haben für unsere Erwerbslosen schon freies Nachquartier und Verpflegung eingerichtet, so daß in dieser Beziehung große Erleichterungen geschaffen sind.

Wer nun alle Vorteile als Ferien- und Erwerbslosenreisender ausnützen will, dem empfehle ich den Anschluß an den Volksreiseverband, Berlin-Neukölln, Münchener Straße 53, der die Förderung und Wahrung der Interessen aller Ferien- und Erwerbslosen innerhalb der werktätigen Bevölkerung als Hauptzweck in sein Programm aufgenommen hat. Für Ferienreisende gibt er Auskunft über wirtschaftliche Verkehrs- und Wohnverhältnisse bei Kur-, Land- und Badeaufenthalten, Pausenangelegenheiten, Grenz- und Auslandsfragen; Rat schläge über Ausgestaltung der Reise, praktische Reiseausstattung und hygienische Maßnahmen; Hinweise auf Natursehenswürdigkeiten, Museen, Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen, kulturelle Veranstaltungen und solche der Arbeiterorganisations. Abernimmt die Vermittlung von Austauschreisen (Adressen) und ortskundigen Führungen, insbesondere bei Gebirgstouren, sowie die Bearbeitung aller Pausenangelegenheiten. Die Organisation größerer Gesellschaftsfahrten, Touristenfahrten (Ferienonderzüge) ist eine der Hauptaufgaben des Verbandes.

Dem Erwerbslosenreisenden erteilt er Auskünfte über wirtschaftliche Verhältnisse, Organisationen und Zustellen, Verkehrs- und Fernverkehrsnetze, Pausenangelegenheiten, Grenz- und Auslandsfragen. Ferner gewährt er den Mitgliedern kostenlose Abgabe von Schlaf- und Speisemarken. Aus zu gründenden Fonds werden bei Bedürftigkeit Mietungsmittel usw. abgegeben; Freikarten, bzw. Preisermäßigungen für kulturelle und volkswirtschaftliche Sehenswürdigkeiten (Kunststätten, Theater, Konzerte, Industrieanlagen usw.); kostenlose Bearbeitung aller Pausenangelegenheiten; Preisermäßigung bei Abgabe von Reiseleiteratur (Karten, Führer usw.).

helfen; Preisermäßigung bei Abgabe von Reiseleiteratur (Karten, Führer usw.).

Sch hoffe, daß die Kollegen sich dieser Vorteile bedient und sich dieser idealen Bewegung im eignen Interesse anschließt. Laßt uns endlich freimachen von aller Sorge des Alltags und frische Luft genießen! Laßt uns zu den Schätzen der Natur vordringen und lebende Menschen werden und uns zur Naturerkenntnis durchringen, die nicht bloße Tatsachen aneinanderreihet, sondern die im Innersten revolutionäre Geistesmäßigkeit des wirklichen Geschehens erkennt, deutet und gestaltet. Laßt uns also streben nach wahrer Erkenntnis, auf daß wir denkende Menschen, Sozialisten werden!

Schwerin i. M.

Richard Groß.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Berlin. (Generalversammlung am 14. April.) Unter Verbandsvorsitzender Seib referierte vor vollbesetztem Saal über das vielumfassende Thema: „Gewerkschaftliche und wirtschaftliche Tagesfragen“. Redner ließ zunächst die gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse vor dem Krieg in großen Zügen Revue passieren und ging dann über zu einer Schilderung derselben nach dem Kriege, dabei scharf heraushebend die immensen Schwierigkeiten beim Wiederaufbau des Wirtschaftslebens unter dem kolossalen Einflusse des Druckes der Entente. Die uns auferlegten Forderungen umfassen nahezu das gesamte Volksvermögen, und es ist geradezu unmöglich, die uns präzentiertere Rechnung restlos zu begleichen. Die Entwicklung Deutschlands zum ausgesprochenen Industriestaat mit seinen gewaltigen Ziffern von Einfuhr und Ausfuhr — die Redner anführte — mache die Umstellung bzw. Zurückdrängung in frühere Verhältnisse unendlich schwer; der große Mangel an Rohstoffen aller Art beeinträchtigt das gesamte Wirtschaftsleben in ungeheurem Maße. Darum sei die Arbeiterschaft in erster Linie der leidtragende Teil. Die unseitige Zerspaltung der Arbeiterschaft auf politischem Gebiete mache ihren Einfluß auch bei den Gewerkschaften geltend, so daß die Unternehmer ihren Vorteil daraus ziehen. Alle diese Erscheinungen beinträchtigen aber auch die Lösung unbedingt notwendiger großer Wirtschaftsprobleme. Die Wiederaufbauarbeiten der Arbeiterschaft sei die Forderung des Tages. Die christlichen Gewerkschaften haben trotz Belästigung einer Reihe von Vätern sich noch ein tägliches Organ geschaffen, während die freien Gewerkschaften trotz ihrer großen Mitgliederzahl hier nicht Schritt halten können, weil die prinzipiellen Schwierigkeiten zu groß sind, um sie überbrücken zu können. Unre Aufgabe müsse es sein, uns mit den großen Fragen der Wirtschaftspolitik mehr wie bisher zu beschäftigen, in die inneren Zusammenhänge tiefer einzudringen, denn werde auch das graphische Gewerbe Nutzen daraus ziehen und die oft zulange freiliegenden Interessen gegenüber eine Milderung erfahren. Die Arbeitervertreter, in der Regierung landen vielen Dingen fremd gegenüber, sie mußten sich erst in die Materien hineinarbeiten; trotz dem sei vieles geschehen, wozu die große Masse wenig, oft gar nichts erfahren habe. Redner besprach hierauf die Arbeitslosenfrage, die vom ADGB unternommenen Schritte, den Preisabbau, die Rückwirkungen hieraus, und unterzog dann die ins Stochen geratenen Sozialisierungsprobleme einer kurzen Kritik. Was die Arbeiterschaft nicht minder berührende Mieten- und Wohnungsfrage mit den weiteren Befahrungen der Allgemeinheit fand gleichfalls entsprechende Erwähnung. Am Schluß seines Vortrags behandelte Kollege Seib die vielumstrittene Frage der Arbeitsgemeinschaften. Die Arbeitsgemeinschaft sei kein Kind der Revolution. Redner gehe vielfach konform mit den Kreisen, wo man die Arbeitsgemeinschaft nicht gern sieht. Trotzdem könne gesagt werden, sie habe mancherlei Gutes geschaffen. Der von uns verlangte Austritt wäre undiplomatisch, denn unsere Interessen blieben dann unvertreten. Die Arbeitsgemeinschaft sei nicht Selbstzweck, sondern nur ein Mittel zum Zweck. Die Gewerkschaften müßten so lange in ihr verstreut sein, bis sie erlebt werden kann durch ein andres Mittel und dann müsse der Austritt insgesamt erfolgen. Gerade die Arbeitsgemeinschaft habe bei der Demobilisierung sich große Verdienste erworben, die Behörden hätten verlagert. Der Achtstundentag sei auch ein Werk der Arbeitsgemeinschaft. Durch das Zusammenarbeiten innerhalb der Arbeitsgemeinschaft hätten unsere Vertreter mancherlei Einblick in Dinge gewonnen, die uns sonst fremd geblieben wären. Starker Beifall lobte dem Redner für seinen interessanten und mit großer Aufmerksamkeit angehörten Vortrag. An der Diskussion beteiligte sich zunächst Kollege Schreier, der in fünfviertelstündigen Ausführungen, das eigentliche Thema ignorierend, die Versammlung zu sorgfältigen Jurislen veranlaßte und große Unruhe auslöste. Seine Darlegungen basierten auf der Entwicklung kommunistischer Ideen, den Ereignissen in Mitteldeutschland, der Erhebung des Kommunistenführers Götz und der scharfen Kritik an der Politik der Gewerkschaftsführer. Die Organisationen, die einen Abkalt der bürgerlichen Gesellschaftsordnung darstellten, seien eingestuft auf Zukunftslosigkeit und die Führung liege in Händen von Leuten, die ihrer ganzen Klassenlage nach nicht zu uns gehören. Kollege Peiß stellt sich im allgemeinen auf den Standpunkt des Referenten. Wenn die Verwirklichung der kommunistischen Ideen den Weg von Blut und Schreden weisen, die Kollege Schreier uns vor Augen führte, dann habe dieser auch ein vollgültiges Maß von Schuld. Die Arbeiterschaft habe wirklich kein Interesse daran, ihre Ziele auf dem gehemmen Wege zu verfolgen; sie werde zusammengeschweigt durch die Be-

drückung der Machthaber und beschreibe den Weg der Vernunft. Schreier irre mit der Behauptung, daß unre Führer nach Proleten jagen; viele Beispiele zeigen aber, daß diese Art Führer in den Kreisen derer um Schreier zu finden sind; dort seien Leute, die sich früher niemals um die Arbeiterschaft gekümmert haben. Leute, die das Andenken und Wirken eines Regier beschimpfen und belübeln, entlassen der Achtung. Kollege Fiedler ließ dem Kollegen Seib als Gewerkschaftsführer Berechtigung widerfahren. Er sei ein ehrlicher Mensch, der seine Tätigkeit darauf einstelle, Führer zu sein. Redner verwarf die Arbeitsgemeinschaft; in Gegenlaß vom Kollegen Seib sei er der Meinung, die Zeit zur Verwerfung der Arbeitsgemeinschaft sei schon da. Mit Mißbehagen verfolge er die Politik der Gewerkschaften, die nicht auf den Klassenkampf eingestellt sei. Auch der Graphische Bund dürfe nicht vom Geiste derer bestrahlt werden, die dort tonangebend sind. Die Zerspaltung der Arbeiterschaft müsse aufhören; es müsse eine Basis gefunden werden, auf der die Arbeiterschaft geschlossen in den Kampf geführt werden kann. (Da Redner in ruhiger und sehr sachlicher Art seine Ausführungen machte, hörte ihm die Versammlung ohne jede Zwischenrufe mit großer Aufmerksamkeit an, worüber dieser seine Verwunderung ausdrückte.) Kollege Koffe meinte, der Referent habe uns wohl ein Bild gegeben von den allgemeinen wirtschaftlichen Fragen, aber nicht den Weg gezeigt, den wir zu gehen haben. Die Schuld an der vom Kollegen Seib bemängelten geringen Schulung der Betriebsräte liege an dem Betriebsrätegesetz. Die Betriebsräte seien zum Teil der Gendarm der Ausbeuter. Eine grundsätzliche Änderung der Gesellschaftsordnung würde die Brücke sein zur Einigkeit der Arbeiter. Kollege Thormann gab zu, daß Kollege Schreier seine Redeziele sehr überschritten habe. Er ließ die einzelnen Parteien Revue passieren, schilderte passendes Stellung zur Verfassung und wollte damit beweisen, daß das Proletariat im gegebenen Augenblicke das Recht habe, sich selbst die Verfassung zu geben, die es brauche. Hierauf erfolgte die Annahme eines Antrags auf Befehlsschluß und der Referent erhielt das Schlusswort. Kollege Massini teilte lobend die angenommene Verlängerung der Arbeitsgemeinschaft bis 31. Juli mit, berührte die Frage der Strombelieferung und die aufgehobene Verordnung hierzu, erörterte die Notwendigkeit der Regelung der Lokalschulfrage und machte Mitteilung von einer Tagesnotiz, nach welcher die Zeitungen als lebenswichtige Betriebe gelten sollen. Nach der Wahl der Kollegen Fr. Siebert und Robert Lüthje in die Revisionskommission (ersterer für den Verband, letzterer für den Gau) schloß Kollege Massini die Versammlung.

-4. Marburg. (Maschinenfabrikervereinigung Gau Frankfurt-Hessen.) Zu unserer Generalversammlung am 20. März in der Hohenburg der Reaktion waren Delegierte von Frankfurt a. M., Offenbach, Kassel, Gießen und Dillenburg erschienen, sowie die hiesigen Kollegen, während Fulda keinen Vertreter geschickt hatte. Nach dem Willkommensgruß des Kollegen Weber erstattete Vorkommender Dominik den Jahresbericht. Spezialorganisiert sind im Gau 205 Mitglieder. Das Zusammenarbeiten der Bezirks- und Ortsvereine sowie in allen unre Sparte betreffenden Fragen mit unserm Gehilfenvertreter Respekt war echt kollegial. Nach Bekanntgabe mehrerer interner Angelegenheiten kam Kollege Dominik auf die Neuwahl unre Zentralkommission zu sprechen. Ziel bescheiden sei es, wie man unsern bewährten Vorkommenden Vorschlag gegenüber verfahren sei. Kollegen Bierath sei auf dem Nürnberger Kongress von sämtlichen Delegierten das Vertrauen ausgesprochen worden. Seine Geschäftsführung und unermüdete Arbeit in unserm Interesse sei jeder Tadel erhaben. Nach eingehender Debatte, in der erklärt wurde, daß eine kräftige Brüstung der von der Mehrheit der deutschen Maschinenfabriker gewählten Delegierten seitens des Brandenburgerischen Maschinenfabrikervereins nicht denkbar sei, wolle es moralische Pflicht aller Maschinenfabrikervereine, hier offene Farbe zu beikennen, damit in Zukunft uns ein derartiges Trauerpiel erspart bleibe. Folgende beiden Anträge unre Kasseler Kollegen wurden einstimmig angenommen: 1. „Es erscheint gerechter und zeitgemäßer, in Zukunft allen Kollegen in Deutschland Gelegenheit zu geben, ihre Zentralkommission durch Urwahl zu wählen, um dadurch diejenigen Kollegen an die Spitze zu stellen, die sich bereits bewährt haben und das Vertrauen der Maschinenfabriker im Reiche besitzen. Vorschläge hierzu sind vom Brandenburgerischen Maschinenfabrikerverein zu machen.“ Beigefügt wurde noch der Wunsch: „Sollen wir aber nun, daß die neue Zentralkommission mehr erreichen möge, als es der alten möglich war.“ 2. „Kollege Bierath darf versichert sein, daß ihm der Dank der Mehrzahl der Maschinenfabriker Deutschlands für die in den langen Jahren geleistete Spartenarbeit gewiß ist, und er kann sich auch damit trösten, daß ihm daselbe Schicksal widerfahren ist, das vor etwa zehn Jahren dem Kollegen Müllner zuteil geworden ist. Daß sich die Kollegen Sitzung und Müll mit Kollegen Bierath solidarisch erklärten, spricht dafür, wie hoch sie Bieraths Arbeit in den verflochtenen Jahren einschätzen.“ Den Kasseler Bericht gab Kollege Henrich. Der Kasellenbestand betrug am 31. Dezember 1920: 268,98 Mh. Nachdem dem Kasseler Entlassung erteilt wurde, wurde beschloffen, den Beitrag in der jetzigen Höhe zu belassen. Infolge der Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise und des Salpfortos waren wir gezwungen, eine Revision unre Satzungen vorzunehmen. Außer einigen redaktionellen Änderungen wurde auch betreffs Wahl der Delegierten folgendes beschloffen: Bisher wählte jeder Orts- oder Bezirksverein bis zu fünf Mitgliedern einen Delegierten, jetzt bis zu zwei Mitgliedern einen Delegierten, bis zu 20 Mitgliedern zwei Delegierte und für je 20 Mitglieder mehr einen Delegierten. Auf Verlangen eines Delegierten

entscheidet bei Abstimmungen nicht die Mehrheit der Delegierten, sondern die Mitgliederzahl der von den einzelnen Delegierten vertretenen Vereine. Sodann findet die Generalversammlung der Gauvereinigung nicht mehr jedes Jahr statt, sondern nur in dem Jahr, in dem die Generalversammlung des Verbandes stattfindet. Ebenso wird der Vorliegende durch Abstimmung der Mitglieder im Gau nach der Generalversammlung auf die Dauer bis zur nächsten Generalversammlung der Gauvereinigung gewählt. Die Wahlvorschlüsse macht der Bezirksverein Frankfurt a. M. Sämtliche Änderungen wurden einstimmig angenommen. Ein Vortrag des Kollegen Berghoff: „Einiges aus der Praxis“, war der letzte Punkt unserer reichhaltigen Tagesordnung. Dank und Anerkennung sollten die anwesenden Kollegen dem Vortragenden, der es nicht verschmähte, auch im kleinen Kreise für die Weiterbildung seiner Kollegen zu sorgen. — Nach Beendigung der Generalversammlung war es unser Kollege Kaiser (Marbach), welcher sämtliche Delegierte als Gäste in sein Heim einlud und die Hungrigen speiste und die Durstigen tränkte. In Deutschlands Gauen findet man wohl keinen zweiten Kaiser, der die alte germanische Gastfreundschaft in gleicher Weise pflegt. Ihm und je mehr waderen Gatten, die ihr 25jähriges Ehejubiläum feiern, lie auch hier der Dank sämtlicher Delegierten zum Ausdruck gebracht.

Nürnberg. Am 25. Februar fand die Jahreshauptversammlung unserer Mitgliedschaft statt. Zu dem gedruckt vorliegenden Jahresberichte wurden Beanstandungen nicht gemacht. Die bisherige Vorstandschaft wurde wiedergewählt und der Ortsvereinsbeitrag auf wöchentlich 1 Mk. erhöht. Auch die andern Punkte der Tagesordnung, die meist örtlicher Natur waren und zum Teil Zusätze an verschiedene Korporationen betrafen, wurden glatt erledigt. — War diese Versammlung noch verhältnismäßig gut besucht, so bot die Versammlung vom 24. März ein geradezu klägliches Bild und ein beschämendes Armsutszenario für die Nürnberger Kollegenschaft. In derselben gaben die Kollegen Weismühl und Brandmüller Bericht, ersterer über die Gauvorsteherkonferenz, letzterer von der Kreisamtsstiftung in München. Beide Kollegen entledigten sich ihrer Aufgabe in vorzüglicher Weise und die Versammlung war mit dem Gehörten einverstanden. Zum Schluß stimmte die Versammlung dem vom Graphischen Kartell gemachten Vorschlag, den bisher von der Mitgliedschaft herausgegebenen Wochenspiegel zu einem vierseitigen für die gesamten graphischen Berufe in Nürnberg-Gürtel auszubauen, ohne wesentliche Debatte zu.

Stuttgart. Am 1. Mai d. J. kann Kollege C. Fr. Schmid aus Vorch auf eine 50jährige Berufstätigkeit und zugleich auf eine 46jährige ununterbrochene Verbandsmitgliedschaft zurückblicken. Er kam im Jahre 1871 als Seberlehrling in die C. Greinerische Holzbuchdruckerei in Stuttgart. Infolge des vierjährigen Streits im Jahre 1872 und der Auspöhrung der Verbandsgebühren im darauffolgenden Jahre war keine Zeit zur Lehrzeit und anstrengende. Nach ihrer Beendigung ergreif er sofort den Wanderstab und land dann auch bald Kondition in der Emmerlingischen Buchdruckerei in Heidelberg. Nach einjährigem Dorklein wollte er sich die Welt weiter ansehen. Doch, zunächst kaum bemerkbar, siehe nach und nach eine überall um sich greifende Geldskizze ein und je länger je mehr waren an jedem größeren Orte feiernde Kollegen zu finden. Unter diesen Umständen ging es nach neunwöchigem Wandern wieder der Residenz am Neckar zu, um schließlich dort hängen zu bleiben. Hier arbeitete er u. a. 18 Jahre in der Union, 13 Jahre in der Vereinsbuchdruckerei und jetzt ist der Jubilar im achten Jahre bei der Firma Chr. Weller tätig. Möge er seine Rüstigkeit noch lange behalten!

Tübingen. Im voller geistiger und körperlicher Frische feiert am 1. Mai unser Kollege Oskar Böhm sein 50jähriges Berufs- und Geschäftsjubiläum. Am 1. Mai 1871 bei der Firma J. Renkeler & Sohn in die Lehre getreten, hat er seine Lehrzeit bis zum heutigen Tage nicht verlassen. Möge dem Jubilar ein froher Lebensabend beschiden sein, das ist der Wunsch seiner mit ihm arbeitenden Kollegen sowie auch des Ortsvereins!

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Die Wirtschaftsbefehle zu verkümmern? Seit Auszahlung der Wirtschaftsbefehle ist diese Angelegenheit in einer großen Anzahl von Druckereien stillig gewesen. In wiederholten Eingaben an das Reichsfinanzministerium hat das Kartell versucht, eine allgemein geltende Klarstellung herbeizuführen. Das ist nicht gelungen, wohl aber hat das Reichsfinanzministerium jetzt auf einen Erlaß vom 15. November 1920 III Ku. 29133 verwiesen, wonach die Eingaben des Kartells als beantwortet zu gelten hätten. Dieser Erlaß lautet wie folgt: „Die Frage, ob Wirtschaftsbefehlen und Entscheidungszulagen als steuerbares Einkommen gelten, unterliegt der Entscheidung der Veranlagungs- und Rechtsmittelbehörden, der ich nicht vorzugreifen darf. Ich bin daher nicht in der Lage, hierüber eine Auskunft mit amtlicher Gewährung zu erteilen. Unverändert bemerke ich jedoch, daß Wirtschaftsbefehlen und Entscheidungszulagen als Arbeitslohn im Sinne des § 9 Ziffer 1 des Einkommensteuergesetzes gelten dürfen, da sie sich wohl als unter sonstiger Benennung gewährte Bezüge und geldwerte Vorteile der in privaten Dienst angestellten Personen darstellen. Wenn in der Schrift „Bilanz und Steuer“ eine entgegengelegte Ansicht vertreten ist, so scheint sich die Ausföhrung hierüber auf die nach dem Landessteuerrecht maßgebenden Grundätze zu be-

ziehen, die aber seit dem Inkrafttreten des Einkommensteuergesetzes (1. April 1920) nicht mehr in Geltung sind.“

Sir reisende Kollegen. Der Ortsverein Perlberg gewährt durchreisenden Kollegen freies Abendessen, Nachtquartier und Frühstück.

Gehilfenprüfung. Zum Ostertermin legten vor der Handwerkskammer in Regnitz 20 Seher und 4 Bruderschaften die Gehilfenprüfung ab. Im Praktischen erzielten von den 14 die Note „Gut“, 4 „Genügend“, im Theoretischen 3 „Gut“, 15 „Genügend“. 2 Seher bekanden die Prüfung nicht. Von den Bruderschaften erzielten im Praktischen alle die Note „Gut“, im Theoretischen 1 „Gut“ und 3 „Genügend“.

Messerprüfung. Vor der Dresdner Gewerkekammer legte Kollege Walter Ulber die Messerprüfung mit Erfolg ab.

Verurteilung wegen unberechtigter Entlassung Neuausgelernter. Während der sozialpolitische Berater und juristische Mitarbeiter der „Zeitschrift“, Syndikus Gröblich, nun auch in der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ sein förmliches Streikroß gegen die Neuausgelernten reitet, für deren sofortige Entlassung er ganz besonders zu schwärmen scheint, muß die „Zeitschrift“ selbst zu gleicher Zeit aus Leipzig etwas ganz anderes berichten. Denn hier hat der Schlichtungsausschuß erst vor kurzem in zweiter Instanz, d. h. im Rekursverfahren, den Welfer einer Leipziger Grobdruckerei zur Wiedereinstellung zweier unberechtigt entlassener Neuausgelernter oder zur Zahlung von je 1000 Mk. Entschädigung an jeden der Betroffenen verurteilt. Daß auch ein Buchdruckerbesitzer als Unternehmervertreter im Schlichtungsausschuß durch „intervenives Kophschiden“ seine Sympathie mit den entlassenen Neuausgelernten bekundete, paßt der „Zeitschrift“ gar nicht in den Kasten.

Warnung an die graphischen Arbeiter vor Zugang nach Argentinien. Das Sekretariat des Graphischen Bundes gibt folgendes bekannt: Der dem argentinischen Arbeiterverband angeschlossenen Verband der Graphiker (Eig Buenos Aires) wendet sich in einer Zuschrift an den Graphischen Bund gegen den Zugang von graphischen Arbeitern aller Branchen nach Argentinien. Troßdem Arbeitslosigkeit herrscht, sind gewisse Arbeitgeberkreise daran interessiert, graphische Arbeiter nach Argentinien zu locken, die dann den organisierten und arbeitserföhrlichen Unternehmern als willkommene Ausbeutungsobjekte dienen und so gegen das Mitbestimmungsrecht der graphischen Arbeiter handeln sollen. Vor dem Zugang nach Argentinien wird dringend gewarnt. Niemand gehe ohne vorherige Erkundigung bei der zuständigen Organisation nach dem Ausland, um dort im graphischen Gewerbe ein Arbeitsverhältnis einzugehen.

Das vorläufige Ortsklassenverzeichnis. Am 25. April beschloß sich der Reichsrat mit dem Gesetzentwurf über die vorläufige Aufstellung des Ortsklassenverzeichnisses. In der Vorlage wird ausdrücklich bestimmt, daß die endgültige Regelung mit Wirkung vom 1. April 1920 bis zum Oktober 1921 erfolgen muß. In der neuen vorläufigen Regelung werden insgesamt 7166 Orte höher eingestuft, aus Klasse E 6363, aus Klasse D 635, aus Klasse C 135 und von B nach A 30 Orte. Die Aufstufungen haben, nachdem die Bedenken einzelner Länder laut geworden waren, mit Mehrheit der Vorlage zugestimmt. Die Vollziehung des Reichsrats nahm die Vorlage gegen die Stimmen Bayerns, Wabens, der beiden Mecklenburgs, Sessens und Thüringens an.

Neue Rechtschreibung und Buchhändler. Die am Sonntag Kanale in Leipzig zusammengetretene Hauptversammlung des Bvrenvereins der Deutschen Buchhändler nahm zur Frage der Rechtschreibungsänderung eine Entscheidung einstimmig an, in der entschieden Einpruch gegen die geplante Neuordnung der Rechtschreibung erhoben wird, weil diese für das ganze deutsche Volk für schädlich gehalten werde. Den Umfang der zu erwartenden Schädigung könne der Buchhandel am besten ermessen. Weiter heißt es dann in der Entscheidung: „Als Hauptgrund für die Neuordnung wird die Notwendigkeit einer Entlastung der Schule angegeben. Dieser Vorlesan dürfte Irrig und trügerlich sein. Irrig, weil das Volksleben sich nicht der Schule unterwerden hat, sondern diese dem Leben; trügerlich, weil er für die Schuljugend nicht eine, sondern zwei Schreibweisen bedeutet, also doppelte Arbeit. Denn die Schulkinder müßten neben der zu erlernenden, folgerichtig gar nicht durchführbaren Schreibweise die bestehende mit erlernen, um die vorhandene Literatur lesen und im praktischen Leben befehen zu können. An die vorhandene Literatur darf und kann nicht gerührt werden, die ungeheuren, in den öffentlichen und privaten Büchereien und in den Vorräten des Buchhandels angelegten Werte dürfen und können nicht entwertet werden; einerlei, ob nach kurzer oder langer Schonzeit. Wir dürfen das Band nicht zerreißen, das uns fast allein noch mit den Deutschen außerhalb des Reiches ein, die Schriftsprache. Der Buchhandel erklärt, daß er seine Mitwirkung an solchem Tun verweigert. Der Neudruck von Schulbüchern kann vielleicht erzwungen werden, obwohl wir uns auch hiergegen wehren werden. Aber im übrigen wird der Buchhandel lediglich der in Freiheit sich allmählich von selbst umformenden geltenden Schreibweise folgen. Insbesondere lehnt er jede Neuordnung ab, die an der üblichen Wort- und Buchstabenfolge im Alphabet (z. B. 311 statt 113, Gargant statt Zabragn) ändern und so in die ganze Verihographiele und alle Kartotheken und dadurch in die Arbeit des ganzen Volkes heillose Verwirrung bringen würde. Dies würde der Standpunkt des Buchhandels auch in ruhigen Zeiten sein, in dieser Zeit der Not erst recht. Das deutsche Volk hat sich jetzt wahrlich um Mächtigeres zu sorgen, als um die Erzwingung einer neuen

Rechtschreibung, die, sie falle aus, wie es auch komme, nur willkürlich sein kann und daher neue Willkür und Unzuliebeheit verursachen muß.“

Antrag zur Fragebogen an Betriebsräte. In Nr. 16 der „Zeitschrift“ wird in der Beantwortung von Fragebogen, die vor kurzem von der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände ausgegeben wurden, eine teilweise Preisgabe von Betriebsgeheimnissen erblidelt. Es wird einer scharfen Kontrolle dieser Fragebogenbeantwortung das Wort geredet und im Fall einer gröblichen Verletzung der gesetzlichen Pflichten der Betriebsräte empfohlen, einen Antrag auf Absetzung der Betriebsräte bei dem Schlichtungsausschuß zu stellen. Demgegenüber weisen wir darauf hin, daß die von der Betriebsrätezentrale gestellten Fragen mit den logenannten Betriebsgeheimnissen, die nach § 71 des Betriebsrätegesetzes gewahrt bleiben sollen, gar nichts zu tun haben. Es ist ein unfaires Mandat, das die Unternehmerpresse mit dem Begriffe der Betriebsgeheimnisse treibt. Die Betriebsräte sollen und dürfen alle Fragen wahrheitsgemäß beantworten, die ihnen auf dem betreffenden Fragebogen unterbreitet werden, da es sich nur darum handelt, zum Aufbau der Betriebsorganisation und der Bildung von Fachgruppen entsprechend statistische Unterlagen zu sammeln. Der Fragebogen ist in allen Teilen mit den gesetzlichen Pflichten und Rechten in Übereinstimmung gehalten; dagegen grenzt das Bestreben der Unternehmerpresse, allen solchen Fragen Schwierigkeiten zu bereiten, an offene Sabotage der gesetzlichen Rechte der Arbeiterschaft. Sade der Betriebsräte wird es daher sein, nicht nur die betreffenden Fragebogen recht gewissenhaft auszufüllen, sondern auch etwaigen Behinderungen oder Schikanen durch den einen oder andern Unternehmer ganz entschieden gegenüberzutreten und die Betriebsrätezentrale von solchen Störungen der Aufgaben und Pflichten der Betriebsräte zu unterrichten.

Stellennachweis des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Nach Mitteilungen des „Korrespondenzblattes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ sollen in Zukunft die Stellensuche und -angebote offener Stellen für Arbeitervertreter als Arbeiter, Betriebsräte, Gewerkschaftssekretäre usw. nicht mehr einzeln im „Korrespondenzblatt“ ausgeschrieben werden. Es soll stattdessen ein Zentralstellennachweis des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eingerichtet werden, bei dem Ortsausschüsse, Arbeitersekretariate, Gewerkschaftsbüros und BetriebsräteSekretariate offene Stellen melden, wie auch Bewerber für solche sich an diesen Zentralarbeitsnachweis wenden können. Gemeldete Stellen werden kurz bekanntgegeben. Bewerber haben anzugeben, was für eine Stellung sie suchen, ob sie schon ähnliche Stellen bekleidet haben und welche sonstige Vorbildung vorliegt. Gesucht werden ausschließlich: je ein Arbeiter- und Gewerkschaftssekretär für Spremberg und Bockwitz; ferner ein Gewerkschaftssekretär in Wittberg. Bewerber wollen sich an den Zentralstellennachweis des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin SO 16, Engelauer 151 V, wenden.

Briefkasten

P. B. in W.: Es sollte in dieser Nummer ein weiterer, auf andre Zweifelsfälle eingehender Steuerartikel unseres Mitarbeiters gebracht werden; die Post scheint sich aber wieder einmal einen „Schweigenheitskloß“ zu leisten. Sie haben den betreffenden Aufsatz nur falsch verstanden; unser Mitarbeiter kann es deutlicher machen im Anschluß an seinen zweiten Artikel. — **D. G. in G.:** Wenn Sie als lediger Kollege den Voraussetzungen als Unterhaltspflichtiger entsprechen, dann kommt von Seite 79 des neuen Tarifs die zweite Feststellung des Tarifauschusses für Sie in Betracht. Es handelt sich nicht etwa um eine Aufhebung des „Norr.“, damit, was in Nr. 133 des „Norr.“ vom vorigen Jahr über den 22. Verhandlungstag des Tarifvereins in diesem Punkt angeführt ist, sondern den offiziellem Protokoll kommt in Betracht. Sie müssen eventuell Ihre Firma beim Tarifschlichtungsgericht verklagen. — **S. S. in W.:** Das stimmt so nicht. Der „Norr.“ hat sich daran gehalten, was über die Verfestigung in W. vereinbart wurde; der Gewährmann der „Zeitschrift“ soll nach nicht gewußt haben, weil schon nicht mehr anwesend. — **D. G. in W.:** Es erfolgt noch einbittliche Publikation, dann werden wir zur Sache Stellung nehmen und Ihre Einwendungen so weit als möglich berücksichtigen. — **F. G. in M.:** Danken Sie für Bemerkungen um schnelle Erledigung. Hier niemand von Inhalt Abnung gehabt; nur läuten hören, deshalb Entschuldigung auch groß. — **C. B. in A., G. S. in G., G. S. in G., G. S. in M.:** Artikel werden ausgenommen. Das besondere Ersuchen „recht bald“ oder „in nächster Nummer“ erübrigt sich aber; wir können derartige Zusicherungen nicht geben, weil immer ein kleinerer, größerer oder größer Berg von vorliegenden Artikeln der Abtragung harzt. — **D. B. in A.:** Seine Verwendung. — **D. G. in D.:** Zur Kenntnis genommen; für beide Teile haben wir Schluss eintreten lassen. — **W. B. in G.:** Typograph, O. m. v. S., Berlin NW 87, Sultenstraße 17—19. — **F. G. in G.:** Advertentienblatt wurde das Bockdruckerei in Altsch. Sie tun am besten, in namhaften deutschen Fachblättern zu inserieren, die auch in Holland gelesen werden. — **R. G. in G.:** Eingang wird befreit; es müssen aber drei Einlagen gemacht werden. — **H. G. in Wilmern:** 10,50 Mk.

□ □ □ □ Verbandsnachrichten □ □ □ □

Verbandsbureau: Berlin SW 28, Chausseepfad 511.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Behannlung

Vor Annahme einer Kondition anfragen!

Alle Mitglieder, die Kondition an einem andern Ort annehmen wollen, seien auf die in § 17 der Bestimmungen über die Unternehmungen (S. 24 der Satzungen) enthaltenen Verpflichtung hingewiesen, vor Annahme der Kondition Grundfragen über die betreffende Firma bei dem zuständigen Funktionsräte einzubringen. Die Auskunftserteilung liegt den nachstehenden Funktionsräten ob:
Gau Bayern: Hans Semmerich, München, Solzstraße 24 I.
„ Berlin: Albert Malßlin, Berlin SO 16, Engelauer 14/15 I.
„ Banzig (Reichsangehör): Kurt Büchner, Banzig, Büchsenberg 15.
„ Dresden: Wilhelm Freitag, Dresden, Mathisenstraße 7 I.
„ Erzgebirge-Bohland: Erich Dertelt, Chemnitz, Pestalozzi-straße 7.

